

Der Bürgermeister leitete in den Tagesordnungspunkt ein, indem er aus der Vollversammlung der Vereinten Nationen zitierte. Die UN-Vollversammlung sei Anfang dieses Monats März außerordentlich zu einer Notstandssitzung zusammengetreten, habe den Angriffskrieg gegen die Ukraine verurteilt und die Regierung der Russischen Föderation dazu aufgefordert, die Kriegshandlungen einzustellen. Es sei festzustellen, dass die Stadt Sankt Augustin keine Außenpolitik mache. Dennoch sei es wichtig, diese klare Botschaft der Vereinten Nationen und auch der Bundesregierung hier zu wiederholen. Für Sankt Augustin müssten drei Dinge betont werden: 1. Der Angriffskrieg der russischen Regierung gegen die Ukraine mache sehr betroffen. 2. Die nach Sankt Augustin geflüchteten Menschen werden mit Solidarität und Gastfreundschaft empfangen. 3. Gemeinsam setze man sich für ein respektvolles Miteinander in der Stadt ein, zwischen Menschen aus Deutschland, der Ukraine, Russland - ganz gleich woher sie kommen.

Der Bürgermeister bat alle Anwesenden nun darum, sich für eine Schweigeminute zu erheben.

Der Bürgermeister erläuterte anschließend mehrere Punkte aus Sicht der Verwaltungsführung, die sich ab dem ersten Tag des Krieges mit den Auswirkungen auseinandergesetzt habe: Aus Sicht des Krisenstabes sei die Unterbringung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen die größte Herausforderung. Viele Flüchtlinge seien in Sankt Augustin bereits durch Privatpersonen untergebracht. Diesen privaten bzw. freiwilligen Helfern wird durch den Bürgermeister ganz persönlich Dank ausgesprochen. Die Stadt würde sich derzeit u. a. Kirchen, der Kinderklinik und weiteren Institutionen im Stadtgebiet bei der Organisation der Unterbringung abstimmen. Beispielhaft vorbildlich sei hier das Blau-Gelbe Kreuz. Auf die Mail-Adresse Ukraine-hilfe@sankt-augustin.de hätten sich bereits eine große Anzahl an Spontanhelfern und Sprachmittlern gemeldet. Bei Bedarf könne innerhalb kurzer Zeit eine Impf-Aktion unter Beteiligung der städtischen Feuerwehr auf die Beine gestellt werden. Für Freitag, den 11. März, würde zu einer Mahnwache auf dem Platz vor dem Rhein-Sieg-Gymnasium aufgerufen.

Herr Doğan dankte zunächst dem Krisenstab der Stadt Sankt Augustin, der trotz der hohen Belastungen mit derzeit zwei Krisen eine gute dezernatsübergreifende Zusammenarbeit leiste. Der Bürgermeister habe den Krisenstab bereits vor Beginn des Krieges dafür gewappnet, wie in verschiedenen Szenarien zu agieren bzw. zu reagieren sei. Frühzeitig habe man sich Gedanken gemacht, was der Krieg für Sankt Augustin im Falle des Worst-Case-Szenarios ‚Blackout‘ im Sinne von Stromausfall und Ähnlichem bedeute. Für die Feuerwehr seien weiterhin bspw. die Kraftstoffreserven in die Überlegungen einbezogen worden. Die drei Kernpunkte seien: 1. Die Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf. 2. Sie müssen mit Lebensmitteln ausreichend versorgt werden. 3. Sie müssen gesund bleiben. Die Unterbringungskapazitäten könnten dennoch relativ schnell aufgebraucht werden. Im Hinblick auf die Asylbewerberleistungen seien noch eine Reihe von Fragen zu klären. Die Kommunen müssten hier von Bund und Land entsprechend finanziell ausgestattet werden. Der Aufnahme-Prozess verlaufe auf andere Art und Weise als dies in der Flüchtlingskrise 2015/16 durchgeführt worden sei. Es würde um Verständnis für die Gesamtverwaltung gebeten, da dies insgesamt eine große Belastung darstelle.

Herr Lienesch sagte, dass die vom Bürgermeister angesprochenen Aspekte von der CDU-Fraktion geteilt würden und dass er dankbar sei, dass man sich bereits früh wie von Herrn Doğan proaktiv gekümmert habe. Es wäre interessant zu erfahren, wie die Geflüchteten gemeldet würden, also ob Sie sich beim hiesigen Bürgeramt anmeldeten und wie es sich mit der Krankenversicherung dieser Menschen verhalte.

Herr Doğan antwortete, dass die Kommunen derzeit noch in der Erfassung seien. Über die Pick-Stationen der Kreisausländerbehörde würde eine Registrierung erfolgen. Die Menschen würden bereits vor diesem Zwischenschritt aus Erfassung und Registrierung einen Anspruch auf Leistung haben und kämen zudem alle in den Genuss einer gesetzlichen Krankenversicherung.

Der Bürgermeister fügte hinzu, dass die Kinderklinik bereits ganz früh gegenüber der Stadt Hilfe zugesagt habe mit dem Hinweis, dass versicherungsrechtliche Aspekte im Nachgang geklärt werden könnten. Dies sei eine ganz starke Aussage.

Frau Bergmann-Gries sagte, dass dem Krisenstab und allen beteiligten Akteuren Dank auszusprechen sei. Es sei bekannt, dass viele junge Frauen oder auch Jugendliche nach Sankt Augustin flüchten würden und dass sich Verwaltung und Stadtrat in den vergangenen Monaten recht intensiv mit dem Thema sexualisierter Gewalt auseinandergesetzt habe. In den Einrichtungen zur Unterbringung müsse dafür sensibilisiert werden und dafür Sorge getragen werden, dass Schutzräume von Frauen, Jugendlichen und Kindern zwingend eingehalten würden.

Herr Doğan erwiderte, dass dies mit aufgenommen würde und dass er dankbar sei, dass die Politik die Stelle zum Umgang mit sexualisierter Gewalt geschaffen worden sei. In diesem Zusammenhang solle auch noch erwähnt werden, dass bei der Registrierung zugleich die Zuweisung auf KiTas und Schulen erfolgen würde. Bei einigen Schulen seien bereits vorher internationale Vorbereitungsklassen eingerichtet worden, sodass davon in dieser Situation davon erheblich profitiert werden könne.

Herr Knülle bedeutete, dass es sehr schwer zu verkraften sei, dass es in Europa wieder einen großen Krieg gäbe. Er, Herr Knülle, habe im letzten Jahr in seiner Funktion als Hockey-Schiedsrichter eine Partie zwischen der U21 der Ukraine und der U21 aus Belarus gepfiffen. Der Gedanke, dass diese jungen Menschen nun möglicherweise in Kampfeinsätze involviert würden, sei kaum zu ertragen. Den Sankt Augustinerinnen und Sankt Augustinern, die sich für Geflüchtete engagieren, sei zu danken, insbesondere denen, die mit Hilfslieferungen an die ukrainische Grenze fahren würden.

Frau Jung bemerkte, dass ihr ein Fall bekannt sei, dass ein Kind in der OGS in Bonn aufgenommen worden sei. Bei Ukraine@Bonn.de gäbe es sinnvolle und hilfreiche Informationen.

Herr Puffe wies darauf hin, dass nicht auszuschließen sei, dass russische Mitbürgerinnen und Mitbürger in fremden feindlicher Weise angegangen würden und warf die Frage auf, ob es hier Handlungsmöglichkeiten gäbe. Es sei wichtig festzustellen, dass es sich um einen Krieg eines Diktators gegen ein souveränes Land handle.

Herr Doğan erwiderte, dass es sog. Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber Menschen mit russischer Herkunft geben könne und dass entsprechende Überlegungen in diese Richtung gerne aufgenommen würden, möglicherweise im Projekt Achtsam!.

Herr Metz brachte folgenden Vorschlag ins Spiel: Für praktische Dinge des Alltags, bspw. um im ÖPNV Sprachbarrieren abzubauen, solle ein FAQ in ukrainischer und/oder russischer Sprache erstellt werden. Je nachdem wie sich die Situation der Unterbringung entwickle werde darum gebeten, dies möglichst kurzfristig mit dem Stadtrat rückzukoppeln.

Der Bürgermeister antwortete, dass bereits in dieser Richtung gearbeitet würde, bspw. beim Mailverkehr: Welche typischen Fragen werden gestellt? Dennoch werde der Vorschlag gerne aufgenommen und daran weitergearbeitet.

Frau Bäsch erinnerte, daran dass der Stadtrat 2015 Entscheidungen getroffen habe, die man nicht besten Gewissens treffen konnte. Nach den Schilderungen der Verwaltungsführung fühle man sich auf kommende schwere Entscheidungen besser vorbereitet.

Herr Köhler nahm abschließend nochmal Bezug auf die Flüchtlingskrise 2015: Studenten der Johannes Gutenberg-Universität Mainz hätten für das Mainzer Stadtgebiet eine digitale Karte mit medizinischen Angeboten, Allgemeinmediziner und Fachärzte etc., erstellt. Diese Idee sei 2015 von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg adaptiert worden. Dies könne heute wieder durchgeführt werden.

Der Bürgermeister sagte, dass auch dieser Vorschlag gerne nochmal aufgenommen würde.

Abschließend appellierte der Bürgermeister daran, dass der Gedanke der Mitmenschlichkeit und der Solidarität bewahrt werden muss, da die Stadt möglicherweise über Monate Menschen Gastfreundschaft schenken wird.